N i e d e r s c h r i f t

über die 26. öffentliche Sitzung

des Gemeinderates der Gemeinde Kerzenheim

am Montag, dem 20. August 2018

im Haus der Vereine, Ebertsheimer Str. 8 a in Kerzenheim

Beginn der Sitzung: 18:30 Uhr
Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Die schriftliche Einladung der Ratsmitglieder erfolgte am 13.08.2018. Die ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Sitzung mit Angabe der Tagesordnungspunkte erfolgte in der Ausgabe vom 15.08.2018 des Amtsblattes der Verbandsgemeinde Eisenberg „Treffpunkt“.

Anwesend waren

Anzahl der Ratsmitglieder:	16
Zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen:	16
Anwesend waren:	11
Nicht anwesend waren:	5

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Alfred Wöllner

SPD-Fraktion

Herr Dr. Hans-Valentin Bastian

Herr Jörg Heide

Herr Hans-Dieter Hild

Frau Eva Mähner

Herr Peter Steinbrecher

Herr Markus Vorbeck

CDU-Fraktion

Frau Kirsten Weber

FWG-Fraktion

Herr Andreas Kemmer

Herr Detlef Osterheld

Herr Bernd Resch

Bündnis 90/Grüne

Herr Heiko Geil

Beigeordnete/r

Herr Christopher Krill

Frau Gisela Mähner

Schriftführerin

Frau Silvia Steinbrecher-Benz

Abwesend:

SPD-Fraktion

Herr Andreas Brauer
Herr Bernd Fachenbach
Frau Annette Mang
Herr Rainer Mirschberger

FWG-Fraktion

Herr Steffen Mohr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 18.06.2018
2. Grundsatzbeschluss zum Beitritt zur Kommunalen Holzverkaufsorganisation
3. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg; Zustimmung der Ortsgemeinde Kerzenheim zu den Änderungen und Ergänzungen im Bereich des Gemeindegebietes gemäß § 67 Abs. 2 GemO
4. 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes (ROP) IV Westpfalz; Anhörung der Gemeinden
5. Spendenangelegenheiten
 - 5.1. Spendenangelegenheit
 - Zuwendungen für die Aktion "Lesesommer 2018" der Gemeindebücherei in Kerzenheim
 - 5.2. Spendenangelegenheit
 - Spende Kindertagesstätte Kerzenheim
6. Bauangelegenheiten
 - 6.1. Neubau eines Wohngebäudes an der Eisenberg Straße
 - 6.2. Neubau eines Bürogebäudes mit Lager, Eisenberger Straße
- Neu**
 7. Entwurf des Lärmaktionsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg
 8. Einwohnerfragestunde
 9. Mitteilungen und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

1. Bauangelegenheiten
 - 1.1. Umbau Einfamilienwohnhaus und Nutzungsänderung; Friedenstraße
 - 1.2. Errichtung einer Terrasse und Änderung der Fassade
2. Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende, Ortsbürgermeister Alfred Wöllner, eröffnet um 18:30 Uhr die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Kerzenheim und stellt fest:

- a) Die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung der Ratsmitglieder.
- b) Dass der Gemeinderat beschlussfähig versammelt ist.
Die Beschlussfähigkeit ist während der ganzen Sitzung gegeben.
- c) Auf Vorschlag des Vorsitzenden beschließt der Gemeinderat einstimmig, die Tagesordnung um den Punkt: „Information über den Entwurf des Lärmaktionsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg“ zu ergänzen.“

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats vom 18.06.2018
--

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht vorgebracht.

2. Grundsatzbeschluss zum Beitritt zur Kommunalen Holzverkaufsorganisation

Aufgrund des Kartellrechtsstreites des Landes Baden-Württemberg hat das Land Rheinland-Pfalz das Landeswaldgesetz dahingehend geändert, dass die Holzvermarktung aus dem Staatswald und dem Körperschafts- und Privatwald zukünftig getrennt erfolgt. Die Mehrzahl der Kommunen hatte die Holzvermarktung auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages durch die Forstämter durchführen lassen. Die Änderung tritt zum 01.01.2019 in Kraft. Die bisherigen Geschäftsbesorgungsverträge wurden zu diesem Zeitpunkt gekündigt. Unter Beachtung der Vorgaben des Bundeskartellamtes sollen 5 kommunale Holzverkaufsorganisationen gebildet werden, die unabhängig voneinander agieren und flächendeckend über das Land verteilt sind.

Für die waldbesitzenden Ortsgemeinden treten durch die Neustrukturierung der Holzvermarktung keine grundlegenden Veränderungen ein. Alle Entscheidungsbefugnisse bzgl. der Waldbewirtschaftung liegen weiterhin beim jeweiligen Ortsgemeinderat. Der Brennholzverkauf an nicht-gewerbliche Endverbraucher gehört nicht zu den Aufgaben der kommunalen Holzverkaufsorganisation, sondern erfolgt unverändert vor Ort. Die waldbesitzende Gemeinde bestimmt Preise, Lose, Abgabehöchstmengen und die Abwicklung des Kaufvertrages. Die Brennholzbereitstellung und die Überwachung der Selbstwerber zählen weiterhin zu den Aufgaben des Revierförsters.

Die Holzvermarktung für waldbesitzende Kommunen verursacht im bisherigen System Kosten, die über den Kommunalen Finanzausgleich an Landesforsten erstattet werden. Künftig

ist mit Kosten in vergleichbarer Höhe zu rechnen, die im Sinne einer Anschubfinanzierung zu wesentlichen Teilen über Fördermittel abgedeckt werden. Die Förderung ist auf 7 Jahre begrenzt.

Die fünf kommunalen Holzvermarktungsregionen sollen in der Rechtsform GmbH gebildet werden. Die Gesellschafter der GmbH sind kreisfreie Städte, große kreisangehörige Städte, verbandsfreie Städte, verbandsfreie Gemeinden und Verbandsgemeinden. Zu den Verwaltungsgeschäften, welche die Verbandsgemeinden gem. § 68 Abs. 1 und 5 GemO führt, zählt auch die Vermarktung des Holzes der Ortsgemeinden. Die Verbandsgemeinde tritt der GmbH zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben bei.

Als Anlage 1 sind das Schreiben des Gemeinde- und Städtebundes vom März 2018, in dem die Problematik ausführlich erläutert wird, sowie der neue Mustergeschäftsbesorgungsvertrag mit der Forstverwaltung beigelegt. Vom Gemeinde- und Städtebund wurde gebeten, dass der Grundsatzbeschluss der Arbeitsgruppe Pfalz bis zum 27.08.2018 vorgelegt wird. Es wurde eine Fristverlängerung bis zum 31.08.2018 beantragt.

Mit dem vorstehenden Beschlussvorschlag wird zunächst nur der Grundsatzbeschluss über die Absicht die Kommunale Holzvermarktungs-GmbH gemeinsam mit den anderen Städten/Gemeinden in der Holzvermarktungsregion zu errichten und sich daran zu beteiligen gefasst. Zur eigentlichen Entscheidung über die Gründung der KHVO wird eine weitere Beschlussvorlage nach dem Durchlaufen des ADD-Verfahrens für den Verbandsgemeinderat erstellt.

Beschluss:

Der Gemeinderat Kerzenheim fasst einstimmig den Grundsatzbeschluss zur Übertragung der Holzvermarktung aus dem Bereich der Ortsgemeinde Kerzenheim an die kommunale Holzverkaufsorganisation (KHVO) in der Region Pfalz mit Sitz in Maikammer. Die Verbandsgemeinde wird beauftragt zur Sicherstellung der Holzvermarktung die Kommunale Holzvermarktungsgesellschaft Pfalz in der Rechtsform der GmbH gemeinsam mit den übrigen Städten, Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden für die Region Pfalz in der Rechtsform der GmbH zu errichten und sich als Gesellschafter an der neu zu gründenden Holzvermarktungsorganisation zu beteiligen. Die Verwaltung wird beauftragt alle zur Gründung erforderlichen Schritte gemäß § 92 GemO und die Vorlage der notwendigen Unterlagen an die ADD zu veranlassen.

Mit dem Forstamt Donnersberg wird ein neuer Geschäftsbesorgungsvertrag gemäß dem beiliegenden Vertragsentwurf abgeschlossen. Dem Forstamt wird damit die Waldbewirtschaftung wie bisher übertragen. Es ist sicherzustellen, dass die Vermarktung des Brennholzes weiterhin über das Forstamt bzw. den örtlichen Revierförster erfolgt.

3. Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg; Zustimmung der Ortsgemeinde Kerzenheim zu den Änderungen und Ergänzungen im Bereich des Gemeindegebietes gemäß § 67 Abs. 2 GemO

In der Ratssitzung am 01.02.2017 hat der Verbandsgemeinderat Eisenberg (Pfalz) über die im Beteiligungsverfahren zur Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes eingegangenen Anregungen beraten und beschlossen. Der Verbandsgemeinderat folgte bei der Beschlussfassung den vorab durch die jeweiligen Gemeinden beschlossenen Empfehlungen. Die Gemeinden hatten hierbei ihre planerischen Entwicklungsvorstellungen eingebracht. Nach Einarbeitung der redaktionellen und inhaltlichen Änderungen in den Planentwurf, wurde in der Zeit vom 16. November 2017 bis 29. Dezember 2017 das Verfahren nach § 4 Abs. 2 BauGB und § 3 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

Im Rahmen dieses Verfahrens wurden von verschiedenen Trägern öffentlicher Belange sowie von einem Bürger Anregungen vorgetragen. Die Anregungen sind mit der von der Verwaltung und dem beauftragten Büro erstellten Beschlussempfehlung als Anlage beigefügt. Es ergeben sich keine Änderungen gegenüber der bisher vorliegenden Entwurfsplanung.

Nach § 67 Abs. 2 GemO bedarf die endgültige Entscheidung über die Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung des Flächennutzungsplanes der Zustimmung durch die Ortsgemeinden. Der Feststellungsbeschluss ist daher durch die Ortsgemeinden zu bestätigen. Dies geschieht mit der vorstehend aufgeführten Beschlussempfehlung.

Wenn von der Ortsgemeinde Kerzenheim keine Bedenken erhoben werden, kann der Verbandsgemeinderat Eisenberg (Pfalz) über die eingegangenen Anregungen abschließend beraten und den Flächennutzungsplan als endgültige Fassung beschließen (Feststellungsbeschluss).

Nach § 6 Abs. 1 BauGB bedarf der Flächennutzungsplan der Genehmigung durch die Untere Landesplanungsbehörde der Kreisverwaltung Donnersbergkreis. Das Ergebnis des Genehmigungsverfahrens ist ortsüblich bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung wird der Flächennutzungsplan rechtskräftig.

Folgende Unterlagen sind der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt:

- Anregungen mit Beschlussempfehlung aus dem Offenlegungsverfahren, soweit diese die Ortsgemeinde Kerzenheim betreffen
- Änderungen des Flächennutzungsplanes im Bereich der Ortsgemeinde Kerzenheim

Beschluss:

Der Gemeinderat Kerzenheim fasst folgenden Beschluss einstimmig:

Zu der im Offenlegungsverfahren bekannt gemachten und den Ratsmitgliedern vorgestellten Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg (Pfalz) wird die Zustimmung gemäß § 67 Abs. 2 GemO erteilt. Es bestehen keine Bedenken gegen die für den Bereich der Ortsgemeinde Kerzenheim ausgewiesenen Änderungen und Ergänzungen. Zu dem vom Verbandsgemeinderat zu fassenden Feststellungsbeschluss wird die Zustimmung erteilt.

4. 3. Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsplanes (ROP) IV Westpfalz Anhörung der Gemeinden

Mit Wirksamwerden der Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (LEP) IV Rheinland-Pfalz am 21.07.2017 sind die Regionalen Raumordnungspläne innerhalb von 3 Jahren anzupassen.

Die Landesregierung hat bei der Änderung des LEP im Abschnitt 5.2 „Energieversorgung“ Änderungen vorgenommen und einzelne Festlegungen zur Errichtung von Windenergieanlagen neu gefasst. Es sind weiterhin in den Regionalplänen Vorranggebiete für die Windener-

gienutzung auszuweisen und dabei Gebiete mit hoher Windhöffigkeit vorrangig zu sichern. Dabei soll auf regionaler Ebene sowohl die Flächensicherung bei effektiver Energieausbeute bei gleichzeitiger Konzentration von Anlagen an geeigneten Standorten sichergestellt werden. Zugleich wird auf diesem Wege der Schutz des Landschaftsbildes gewährleistet.

Die wichtigsten Änderungen für die Region Westpfalz sind

- Landesweite Ausweisung auch von 2 Prozent der Waldfläche für die Windenergienutzung, wobei die Regionen entsprechend ihrer natürlichen Voraussetzungen einen anteiligen Beitrag leisten.
- Die Windenergienutzung wird im Naturpark Pfälzerwald ausgeschlossen. Ebenso ist die Windenergienutzung in zusammenhängenden Laubholzgebieten mit einem Alter von über 120 Jahren und in Wasserschutzgebieten ausgeschlossen.
- Errichtung einzelner Windenergieanlagen (WEA) nur an Standorten, an denen der Bau von mind. 3 Anlagen planungsrechtlich möglich ist.
- Der Mindestabstand von WEA zu Wohn- und Mischgebieten beträgt mindestens 1.000m. (bisher 800 m) Bei Anlagen mit Gesamthöhen von über 200 m mind. 1.100 m (bisher 800 m)
- Die ausgewiesenen Vorrangflächen müssen eine Mindestgröße von 15 ha aufweisen.

In der bisher gültigen Fassung des ROP war eine Vorrangfläche mit einer Größe von 2.163 ha für WEA ausgewiesen. Durch die vorstehenden Änderungen verringert sich die Vorrangfläche auf 1.449 ha.

Die Gemeinden können bis zum 27.08.2018 eine Stellungnahme zu der geplanten 3. Teilfortschreibung des ROP abgeben. Die vollständige digitale Fassung des Entwurfs kann unter www.westpfalz.de heruntergeladen werden.

Nach Auffassung der Verwaltung ergeben sich aus dem vorgelegten Entwurfsplan keine negativen Auswirkungen für die Gemeinden der Verbandsgemeinde Eisenberg. Zu der vorangegangenen Änderung des LEP wurden keine Bedenken vorgetragen. In der Anlage 3 ist ein Auszug aus den vorgelegten Unterlagen beigefügt.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Osterheld, versichert Ortsbürgermeister Wöllner, dass ein Abstand zum Dorf von 1.100 m eingehalten wurde. Ein Repowering der bestehenden Windkraftanlagen sei nicht möglich, da die erforderliche Distanz nicht eingehalten werden würde.

Beschluss:

Zur vorgelegten Planung zur 3. Teilfortschreibung des ROP IV Westpfalz werden keine Anregungen vorgetragen. Aus Sicht der Ortsgemeinde Kerzenheim bestehen keine Bedenken.

5. Spendenangelegenheiten

5.1. Spendenangelegenheit - Zuwendungen für die Aktion "Lesesommer 2018" der Gemeindebücherei in Kerzenheim

Die Gemeindebücherei in Kerzenheim nimmt in diesem Jahr wieder an der Aktion „Lesesommer“ teil. Hierzu sind bei der Verbandsgemeindeverwaltung mehrere Spenden eingegangen.

Gemäß den Bestimmungen der Gemeindeordnung hat der Gemeinderat Kerzenheim über die Annahme der Zuwendungen zu beraten und zu beschließen.

Folgende Zuwendungen für den Lesesommer liegen vor:

Zuwendungsgeber	Höhe der Zuwendung	Art der Zuwendung	geschäftliche/dienstliche Beziehung
Jur. Person	100,00 €	Geldspende	Ja – Hausbank, Darlehensgeber
Privatperson	100,00 €	Geldspende	Nein
Jur. Person	150,00 €	Geldspende	Ja – Dienstleister
Privatperson	350,00 €	Geldspende	Nein
Jur. Person	150,00 €	Geldspende	Ja – Lieferant, Vertragspartner

Beschluss:

Der Gemeinderat Kerzenheim beschließt einstimmig, die Zuwendungen für die Aktion Lesesommer der Bücherei in Kerzenheim vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht anzunehmen.

**5.2. Spendenangelegenheit
- Spende Kindertagesstätte Kerzenheim**

Der Verwaltung liegt eine Zuwendung in Höhe von 150,00 € für die Kindertagesstätte Kerzenheim vor.

Zuwendungsgeber	Höhe der Zuwendung	Art der Zuwendung	geschäftliche/dienstliche Beziehung
jur. Person	150,00 €	Geldspende	Ja - Partei

Beschluss:

Der Gemeinderat Kerzenheim beschließt einstimmig, die Zuwendung für die Kindertagesstätte vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht anzunehmen.

6. Bauangelegenheiten

6.1. Neubau eines Wohngebäudes an der Eisenberg Straße

Auf dem Grundstück an der Eisenberger Straße soll das bestehende Gebäude abgebrochen werden. Auf der Fläche ist ein neues Wohngebäude geplant. Da für den Bereich des Vorhabens kein Bebauungsplan besteht hat, die Beurteilung über die Zulässigkeit nach den allgemeinen baurechtlichen Vorschriften und der Umgebungsbebauung zu erfolgen.

Das bestehende Gebäude weist zwei Vollgeschosse auf. Bei dem geplanten Gebäude sind ebenfalls zwei Vollgeschosse vorgesehen. Die Dachneigung soll 44 Grad betragen. Auf dem bestehenden Gebäude befindet sich eine vergleichbare Dachneigung. Die erforderlichen Abstände zu den Nachbargrundstücken werden eingehalten.

Es bestehen keine baurechtlichen Bedenken. Das gemeindliche Einvernehmen kann erteilt werden.

Da die Gemeinde bei der Entscheidung über das gemeindliche Einvernehmen Fristen zu beachten hat, wurde die Bauangelegenheit per Eilentscheidung entschieden. Der Bau- und Umweltausschuss hatte dem Vorhaben bereits zugestimmt.

Beschluss:

Gegen den geplanten Bau eines Wohngebäudes auf dem Grundstück an der Eisenberger Straße bestehen keine Bedenken. Die baurechtlichen Vorschriften werden eingehalten. Der Gemeinderat stimmt der Eilentscheidung des Ortsbürgermeisters mit den Beigeordneten und Fraktionsvorsitzenden einstimmig zu.

6.2. Neubau eines Bürogebäudes mit Lager, Eisenberger Straße

Auf dem Grundstück an der Eisenberger Straße wird ein Buch- und Zeitschriftenvertrieb betrieben. Die bisher von dem Gewerbebetrieb genutzten Räume sollen abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt werden. Im Erdgeschoss ist ein Lagerraum geplant. Im Obergeschoss entstehen zwei Büroräume.

Eine vergleichbare Nutzung ist im bestehenden Gebäude vorhanden. Die zur Ausübung des Gewerbes und für die vorhandene Wohnung erforderlichen Stellplätze sind auf dem Grundstück vorhanden.

Der Neubau wird ohne Einhaltung eines Grenzabstandes ausgeführt. Die erforderlichen Abstandsflächen werden damit nicht eingehalten. Der Eigentümer des Nachbargrundstückes hat durch seine Unterschrift auf den Planunterlagen dem Vorhaben zugestimmt. Die baurechtlichen Vorschriften werden somit eingehalten.

Nach Auffassung der Verwaltung bestehen gegen den geplanten Neubau keine Bedenken. Das gemeindliche Einvernehmen kann erteilt werden.

Beschluss:

Gegen den geplanten Bau eines Bürogebäudes mit Lager bestehen keine baurechtlichen Bedenken.

7. Entwurf des Lärmaktionsplanes der Verbandsgemeinde Eisenberg

Die EU-Umgebungslärmrichtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten der europäischen Union seit 2007 alle 5 Jahre die Belastung durch Umgebungslärm in Form von Lärmkarten zu ermitteln. Ausgehend von diesen Lärmkarten waren 2008 (1. Stufe) bzw. 2013 (2. Stufe) Aktionspläne aufzustellen.

Gemäß § 47 d Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) müssen die Verbandsgemeinden Lärmaktionspläne aufstellen und sie alle fünf Jahre nach dem Zeitpunkt ihrer Aufstellung überprüfen bzw. überarbeiten. Die wesentlichen Aufgaben der Lärmaktionspläne sind die Verminderung und die Vorbeugung von Lärmbelastigungen durch Umgebungslärm. Der Umgebungslärm wird in Lärmkartierungskarten verzeichnet. In den Lärmkartierungskarten werden alle Hauptverkehrsstrecken mit einer Verkehrsmenge von mehr als drei Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr und alle Haupteisenbahnstrecken von mehr als 30.000 Zügen im Jahr aufgeführt. Hauptverkehrsstraßen im Sinne der Umgebungslärmrichtlinie sind Bundesfernstraßen, Landesstraßen und sonstige grenzüberschreitende Straßen mit einem Verkehrsaufkommen von über drei Millionen Kraftfahrzeugen im Jahr.

Nach § 47 d BImSchG ist die Öffentlichkeit zu Vorschlägen für Lärmaktionspläne zu hören. Die Ergebnisse der Mitwirkung sind zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wird eine Bürgerbeteiligung im Amtsblatt der Verbandsgemeinde Eisenberg vorgenommen und die Träger öffentlicher Belange angeschrieben, um über den Lärmaktionsplan zu informieren und gegebenenfalls eine Stellungnahme abzugeben. Nach Ablauf einer angemessenen Beteiligungsfrist wird der Lärmaktionsplan im Verbandsgemeinderat beschlossen. Wegen Vollzugsdefiziten bei der Erstellung von Lärmaktionsplänen der 2. Stufe mit Fälligkeit 18.07.2013 hat die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Aus diesem Grund werden im jetzigen Lärmaktionsplan zwei Stufen dargestellt. In der 2. Stufe gab es im Bereich der Verbandsgemeinde Eisenberg noch Lärmbeeinträchtigungen. In der 3. Stufe sind keine Lärmbeeinträchtigungen mehr verzeichnet. Dies hat seine Begründung durch den Bau der B 47 Umgehungsstraße. Damit wurde der Straßen- und Verkehrslärm von der Wohnbebauung weggeführt. Weiterhin wurde das Verkehrskonzept einer Tempo 30-Zone bzw. Tempo 20-Zone im Innenstadtbereich der Stadt Eisenberg verwirklicht, was ebenfalls zu einer Verkehrsminderung auf den Hauptdurchgangsstraßen geführt hat. Zur Information ist der Entwurf des Lärmaktionsplanes als Anlage 4 beigefügt.

Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis.

8. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

9. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen oder Anfragen werden nicht vorgebracht..

Schriftführerin:

Gez.:
Silvia Steinbrecher-Benz
Verw.-Fachangestellte

Vorsitzender:

Gez.:
Alfred Wöllner
Ortsbürgermeister